

# EWK - Zur Lage

Stand 8. Dezember 2017



## Welt

### Douglas Adams, Per Anhalter durch die Galaxis

... hatte er beschlossen, sich um die Präsidentschaft zu bewerben, eine Entscheidung, die Schockwellen der Verwunderung durch das ganze Galaktische Imperium verbreitet hatte – Zaphod Beeblebrox? *Präsident?* Doch nicht *der* Zaphod Beeblebrox? Doch nicht *der* als Präsident? Viele hatten das als schlagenden Beweis dafür angesehen, dass die Gesamtheit der bekannten Schöpfung endgültig übergeschnappt war.

Zaphod Beeblebrox, Abenteurer, Ex-Hippie, Lebemann, (Hochstapler? Gut möglich), manischer Selbstbeweihräucherer, in persönlichen Beziehungen ein grauenhafter Versager, oftmals für total bescheuert gehalten...

Im Oktober habe ich über Donald Trump geschrieben, er sei gescheitert und würde entweder im Laufe der nächsten 12 Monate aus dem Amt gedrängt oder es wird heißen: „Er hat es getan.“

**Mit der jetzt erfolgten Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und der Ankündigung, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, hat er ein brennendes Streichholz in Richtung Pulverfass geworfen. Ob und wann es rummt, steht noch in den Sternen. Dass Frank Walter Steinmeier jedoch in Kürze zu einer Nahost-Vermittlungsmission aufbrechen wird, scheint schon heute nicht mehr zu verhindern zu sein.**

Ja, es war ein Wahlkampfversprechen Trumps, das er nun eingelöst hat, doch alleine die Einlösung eines Versprechens macht diesen diplomatischen (?) Schritt noch nicht zu dem, was gute Pfadfinder tagtäglich als gute Tat zu vollbringen haben.

Ja, die bisherige Situation war ein für alle Zeiten unauflöslich erscheinender Konflikt, aber es war ein weitgehend anästhesierter Konflikt mit einem, gemessen am vorhandenen Gewaltpotential, beinahe friedlichen zu nennenden Verlauf. In Anlehnung an Julius Hackethals Einschätzung des Prostatakrebses als „Haustierkrebs“, den man besser nicht mit ärztlicher Gewalt bekämpfen sollte, weil er in den allermeisten Fällen von konkurrierenden Todesursachen, bis hin zur Altersschwäche überholt würde, handelte es sich nach meiner Wertung um einen „Haustierkonflikt“ (wobei beide Seiten sich unabhängig voneinander dafür entscheiden können, welche Seite sie als Haustier ansehen wollen), der sich womöglich irgendwann im Laufe der nächsten Jahrzehnte durch ein überlagerndes weltpolitisches Ereignis von selbst auflösen würde.

Nun hat Trump die Wunde angepiekst und kommt sich womöglich vor wie Alexander der Große nach dem Durchschlagen des Gordischen Knotens, doch hier irrt Zaphod Beeblebrox. Die seit 1948 bestehende Aufgabe, Frieden in der Region zu schaffen, ist mit diesem Akt der Parteinahme nicht gelöst. Im Gegenteil: Es handelt sich um eine Verschärfung des Konflikts, die weit über die zusätzliche Demütigung der Palästinenser hinausgeht.

Die gemäßigte Reaktion des Palästinenserpräsidenten Abbas, der zwar betonte, die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels werde die Realitäten nicht ändern, aber eben nicht zum Widerstand aufgerufen hat, ist bei den Vertretern der Hamas nicht gut angekommen. Hamas Chef Ismail Hanija spricht von einer Kriegserklärung gegen die Palästinenser und ruft zur dritten Intifada auf. Erste kleine Scharmützel zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften sind bereits ausgebrochen. Brennende US-Flaggen, fliegende Pflastersteine und

erste Schüsse deuten auf eine neue blutige Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und Israelis hin.

Niemand zweifelt daran, dass Israel diesen Aufruhr innerhalb kurzer Zeit mit militärischen Mitteln unter Kontrolle bringen könnte, bliebe es bei dieser einen Frontlinie. Doch da gibt es auch immer noch die Hisbollah, die im Libanon fest verankert ist und von da aus ihren Kleinkrieg gegen Israel führt. Auch das ließe sich noch beherrschen, stünde hinter der Hisbollah nicht der Iran, der die Hisbollah finanziert und ausrüstet, gäbe es nicht die Hisbollah-Kämpfer die an der Seite der syrischen Armee (und damit auch an der Seite Russlands) gegen syrische Rebellen und den IS kämpfen.

Die Legende, die Hisbollah habe mit iranischen Raketen, vielleicht sogar aus russischer Produktion, einen Angriff auf Tel Aviv ausgeführt, bei dem hunderte unschuldiger Zivilisten getötet wurden, ist noch nicht erzählt worden, doch die Schlagzeile hängt wie ein unsichtbares Damoklesschwert in der Luft über Teheran.

Lange war die Gelegenheit nicht mehr so günstig, einen Präventivschlag gegen den Iran zu führen, die dortigen Atomanlagen zu zerstören und nebenbei einen Enthauptungsschlag gegen den iranischen Präsidenten Hassan Rohani und die Revolutionsgarden zu führen.

Rückendeckung durch die Trump-Administration ist sicher. Nicht umsonst wird der von Obama geschlossene Atom-Deal von Trump torpediert.

Alles hängt jetzt vom Temperament der Palästinenser und ihrer aktiven Teilnahme an der dritten Intifada ab. Sieht es für die Weltöffentlichkeit so aus, als sei der Bestand des Staates Israel gefährdet, kann Netanjahu grünes Licht für einen Angriff auf den Iran geben. Und wie es für die Weltöffentlichkeit aussehen wird, kann Israel weitgehend selbst bestimmen.

Ob Netanjahu den großen Knall auslösen wird, bleibt allerdings offen. Der Iran des Jahres 2017 ist kein Gegner, den man in einem 6-Tage-Krieg überrennen könnte – und der Iran ist sowohl für Russland als auch für China ein strategisch wichtiger Staat, der zumindest in der Art unterstützt würde, wie die prorussischen Kräfte in der Ost-Ukraine unterstützt werden.

Israel selbst hingegen ist alleine schon mangels Landmasse gegen einen auch nur ebenbürtigen Gegner nicht zu verteidigen. Was bedeutet, dass die israelischen Atomraketen eingesetzt werden müssten, um die Oberhand zu behalten. Die Reaktion der (westlichen) Weltöffentlichkeit auf den Einsatz von Atomwaf-

fen ist schwer vorherzusehen, massive Proteste der Bevölkerung würden jedoch selbst in den USA nicht ausbleiben.

Die Saudis, welche sich momentan mit Israel arrangieren, nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund, hätte nach einem atomaren Angriff auf den Iran und dessen militärische Niederlage alle Argumente auf seiner Seite, nun seinerseits ein bereits geschwächtes Israel anzugreifen.

Ich gehe davon aus, dass Israel das Risiko des eigenen Untergangs nicht eingehen wird. Der Konflikt wird eng begrenzt bleiben, ein Einmarsch in den Libanon zur Zerschlagung der Hisbollah erscheint mir das Äußerste, was Netanjahu ernsthaft in Erwägung ziehen kann.

Trumps Streichholz verlischt neben dem Pulverfass.

### **Auf der anderen großen US-Baustelle, Nordkorea, geht trotz massiver Manöver mit Südkorea auch nichts voran.**

Kim Jong Un tönt zwar, der Krieg sei unvermeidlich, doch dürfte er inzwischen ganz beruhigt zwischen seinen großen Raketen und seinen kleinen Atomsprenköpfen darauf vertrauen, dass es ihm gelungen ist, die Gefahr eines Überfalles auf sein Land gebannt zu haben – und selbst anzugreifen, daran würde er im Traum nicht denken, aller zweckdienlichen Propaganda-Rhetorik zum Trotz.

Nordkorea steht nun allerdings an einem Scheideweg. Mit der Fähigkeit, eine Atomwaffe an beinahe jeden Ort der Welt zu transportieren, ist das große Staatsziel, nämlich die Gewährleistung der äußeren Sicherheit erreicht. Es wird noch eine Weile weiter gerüstet werden, um die Arsenale zu füllen, doch im Grunde steht Nordkorea jetzt vor einer gähnenden Leere, was ein neues Staatsziel angeht.

Grundsätzlich gäbe es zwei Optionen. Die eine bestünde darin, wenn die Welt sich erst einmal beruhigt hat, den Schulterschluss mit China auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen und auf diesem den Weg Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Die andere Option wäre der Versuch, von Pjöngjang aus die Wiedervereinigung Koreas als blockfreien Staat zu betreiben. Selbstverständlich ließen sich beide Optionen auch kombinieren. Auch hier kommt es ganz darauf an, in welchem Tempo der Machtverlust der USA in der Region fortschreiten und China Vertrauen gewinnen wird.

# Syrien

## Von kaum zu überbietender Dreistigkeit ist das Verhalten der USA in Syrien.

Nachdem [das russische Militär](#) vor wenigen Tagen erklärte, der IS sei in Syrien besiegt und aus Syrien vertrieben, erklären die USA, sie hätten die Zahl ihrer Truppen in Syrien [von 500 auf 2000 erhöht](#), um die befreiten Gebiete zu stabilisieren.

Dabei ist keineswegs sicher, dass es sich tatsächlich nur um 2.000 US-Soldaten handelt, die in Syrien unterwegs sind. US Generalmajor James B. Jarrard sprach Ende Oktober von 5.000 Soldaten, korrigierte sich dann auf 4.000, um schließlich von nur noch 500 zu sprechen. So viel Verwirrung traut man einem Generalmajor normalerweise nicht zu.

Doch auch die Aussage des Pentagon Sprechers Robert Manning, die irakische Armee und die Syrischen Demokratischen Kräfte (also die Anti-Assad-Rebellen) hätten etwa 97 Prozent des Landes vom IS befreit, die als Begründung für die US-Stabilisierungstruppen in Syrien dienen soll, klingt verwirrend.

Soweit ich in Syrien noch durchblicke, ist es erst nach dem Eingreifen Russlands gelungen, den IS in Syrien unter Druck zu setzen und letztendlich zu vertreiben, während die USA nie bemüht waren, Syrien zu stabilisieren, sondern immer das Ziel verfolgten, Assad zu stürzen und Syrien damit zum Failed State zu machen, wie ihnen das vorher in Libyen mit dem Sturz Gaddafis gelungen ist.

Soweit ich in Syrien noch durchblicke, wurden die Amerikaner von der syrischen Regierung weder um Hilfe, noch um den Einsatz von Soldaten gebeten. US-Soldaten halten sich also vollkommen illegal in Syrien auf und sind wahrscheinlich weiter damit beschäftigt, den Sturz der Regierung Assad zu betreiben.

Ich nehme nicht an, dass sich Putin dauerhaft darauf beschränken wird, Informationen über die US-Militärpräsenz in Syrien per RT-deutsch verbreiten zu lassen. Eine UN-Resolution wird er nicht durchbringen. Da steht das Veto der Amis dagegen, also wird er versuchen müssen, die Aufenthaltsbedingungen der Amerikaner in Syrien zu erschweren. Ich bin gespannt.



# Europa (EU)

## Der BREXIT-Poker

kann nun endlich in die zweite Runde gehen. Lange haben sich beide Seiten Mühe gegeben, sich unversöhnlich gegenüberzustehen, um dann doch einzulenken. Das hätte man früher, viel früher haben können.

Die Briten, die sowieso nie voll und ganz in der EU verankert waren, immer ihre Sonderrolle spielten und ihre speziellen Rabatte einforderten, hatten begriffen, dass die Mitgliedschaft beendet werden müsse, um die eigene Souveränität wieder herzustellen.

Die „Rest-EU“ konnte am ernsthaften Willen der Briten, die Gemeinschaft zu verlassen, nie wirklich zweifeln. Beide hätten sich an einen Tisch setzen können und sich im Laufe von wenigen Wochen abschließende darüber unterhalten, wie die Trennung – die also solche ja nicht mehr zu vermeiden war - mit geringstmöglichen Reibungsverlusten gestaltet werden könnte.

Es ist meines Erachtens ein Symptom pseudo-demokratischer Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse, die das Sinnvolle und Richtige erst nach einer langen Zermübnungs- und Ermüdungsphase wahrscheinlich werden lassen, weil angenommen wird, dass die Wähler solche Schaukämpfe brauchen, um mit ihren Anführern, denen sie grundsätzlich misstrauen, zufrieden zu sein.

# Österreich

hat gewählt und das erwartete Ergebnis ist herausgekommen. Die anfängliche Aufregung über den Rechtsruck hat sich jedoch so schnell gelegt, dass inzwischen Gras darüber gewachsen ist. Die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ laufen fast ohne mediale Begleittöne. In der Flüchtlingsfrage ist man sich so einig, wie sich in Deutschland CSU und AfD einig wären, und ansonsten wird ein „Wirtschafts- und Entbürokratisierungsprogramm“ erarbeitet, das den Chef der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, schon heute in Jubeltöne ausbrechen lässt. Neoliberal schlanker Staat, der nach dem Motto „Beraten statt Strafen“ beide Augen zudrückt, wenn ein Unternehmen die Spielregeln verletzt, verbunden mit gesetzlichen Schritten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, so wollen unsere südlichen Nachbarn versuchen, den Rückstand gegen Hartz-Deutschland zu verkleinern.

Kann sein, dass nach vier Jahren einige Wähler sehr doppeldeutig erklären werden: „Wir sind zu Kurz gekommen.“

# Polen, Tschechien, Ungarn

Brüssel ist eine Wundertüte. Die schon erwähnten hypermühsamen Austrittsverhandlungen mit London hindern die Büro- und Autokraten der Kommission nicht daran, alles dranzusetzen, auch Polen, Tschechien und Ungarn zum alsbaldigen Austritt zu bewegen. Dass Österreich mit einer Kurz-Strache-Regierung eher zu den Visegrad-Staaten aufschließen wird als sich in die Arme der Kommission zu stürzen, habe ich in der Vergangenheit schon einmal erwähnt.

Worum also geht es. Entgegen einer Mehrheitsentscheidung in der EU haben Polen, Tschechien und Ungarn sich standhaft geweigert, die ihnen zugewiesenen Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Nach einem bisher ergebnislosen Vertragsverletzungsverfahren hat die Kommission nun offiziell Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen Polen, Tschechien und Ungarn eingereicht.

Es bedarf keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um vorherzusehen, wie das ausgehen wird. Nämlich so, dass die drei Angeklagten auch weiterhin keine Kontingent-Flüchtlinge aufnehmen werden.

Was also soll das Theater?

Oder, andersherum, womit kann der EuGH drohen, um die Forderung der Kommission durchzusetzen? Oder, womit kann die Kommission drohen, falls der EuGH urteilt, Polen, Tschechien und Ungarn müssten die ihnen zugewiesenen Kontingentflüchtlinge aufnehmen (was wahrscheinlich ist)?

Es gibt letztlich nur zwei Druckmittel. Das eine ist die Blockade der Auszahlung von den Ländern zustehenden EU-Fördermitteln, das andere wäre der Ausschluss aus der EU.

Wie schmerzhaft wäre das für die Betroffenen? Schwer zu sagen.

Gerade Polen und Tschechien profitieren vom gemeinsamen Markt insbesondere wegen ihrer niedrigen Lohnkosten. Unzählige Polen und Tschechen arbeiten als Pendler – hauptsächlich, aber nicht nur, auf Baustellen – in Deutschland. Die Gewiefteren seit Jahren auf eigene Faust und eigene Rechnung, jedoch ohne Rechnung gegen Bares, der große Rest in arbeitsrechtlich fragwürdigen Sub-Unternehmer-Konstruktionen.

Daneben haben viele Unternehmen ihre Produktion, oder Teile davon, ins lohngünstige Ausland ausgelagert. In beiden Szenarien fließt Liquidität Richtung Polen und Tschechien ab, die dort allerdings wieder in die Kassen der Tochterunternehmen etwas weiter westlich angesiedelter Konzerne fließt, weshalb der Netto-Überschuss für die Volkswirtschaften jenseits der deutschen Ostgrenze eher gering ausfallen dürfte.

Was beachtet werden muss, ist der wohltuende Einfluss auf die Arbeitslosenzahlen, der bei einem Abschied aus der EU theoretisch erst einmal wegfallen und die Sozialsysteme in Schwierigkeiten bringen würde.

Ungarn liegt geografisch etwas weiter abseits. Pendler haben es da schwerer, und auch das Outsourcing nach Ungarn ist wohl etwas weniger ausgeprägt. Von daher wäre Victor Orban bei einem Ausschluss aus der EU am wenigsten benachteiligt, weil Ungarn einfach weniger Vorteile verliert.

Man sollte die mögliche Entwicklung allerdings weiterdenken. Ob nun freiwilliger Austritt aus der EU oder Zwangsausschluss durch die Kommission, Wohlstand entsteht in einem Land nicht durch eingenommenes Geld, sondern durch die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen für den eigenen Bedarf.



Alle drei Staaten sind nicht Mitglieder der Euro-Zone und können die für einen binnenwirtschaftlichen Aufschwung benötigten Zloty, Kronen und Forint im erforderlichen Maße selbst emittieren. Ein paar kluge Köpfe in den Finanzministerien und den Nationalbanken wären absolut in der Lage, die für einen Binnen-Aufschwung erforderliche Liquidität bereitzustellen. Draghi macht es doch, wenn auch mit den falschen Begünstigten, unübersehbar vor, wie man frisches Geld in Umlauf bringt.

Große nationale Infrastrukturprojekte könnten die Arbeitslosen aufsaugen und ihnen zu auskömmlichen Löhnen Beschäftigung geben. Um solche Projekte herum entstehen ganz von alleine tausende kleiner spezialisierter Unternehmen. Eine Volkswirtschaft, die nicht auf das Wohlwollen von Banken und Kapitalgebern angewiesen ist, kann sich aus eigener Kraft zu hoher Blüte entwickeln.

Ganz nebenbei soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch ein vierzigjähriger Familienvater lieber auf der Baustelle in zehn oder zwanzig Kilometern Entfernung arbeitet und abends zuhause bei der Familie ist, als alle zwei oder vier Wochen einmal freitagabends hunderte Kilometer in die Heimat zu fahren und sonntag-nachts wieder hunderte Kilometer zum Arbeitsort, wo ihn außer einem langen Arbeitstag nur ein Bett in einer Barackenunterkunft mit Minimalausstattung zur Verfügung steht, für dessen Nutzung er mehr zahlen muss als zuhause für die ganze Wohnung.

Nun lassen wir – visionär – in den nächsten zehn Jahren Polen, Tschechien, Österreich und Ungarn zu einem neuen Wirtschaftsraum zusammenwachsen, mit einer abgestimmten Außenpolitik und Freizügigkeit im Inneren. Mit zusammen fast 70 Millionen Einwohnern ein durchaus respektable Markt!

Und weil dieser Wirtschaftsraum nicht exportfixiert sein wird, sondern ganz gut mit dem eigenen Binnenmarkt zurechtkommt, kann er, anders als Deutschland, leicht auf den Rest der EU verzichten.

## Macronesien (ehem. Frankreich)

Der Senkrechtstarter im Elysee Palast gibt sich lobenswerte Mühe, sich die EU untertan zu machen, indem er sich im deutschen Interregnum von den abgewählten Geschäftsführenden noch schnell ein paar Zusagen verspricht. Glaubt man den von Bloomberg verbreiteten News, hat Angela Merkel nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen unverzüglich Macron angerufen, um ihn ins Bild zu setzen, der daraufhin ebenso unverzüglich in Würselen angerufen hat, um Martin Schulz an seine Verantwortung für Europa zu erinnern.

Was will Macron?

Die europäische Integration vertiefen. Das klingt, als ginge es um die Fahrinne der Elbe, damit noch dickere Pötte problemlos den Hamburger Hafen anlaufen können, und es ist tatsächlich vergleichbar.

Macron will Hindernisse aus dem Weg räumen, um schneller und mächtiger agieren zu können. Dazu gehört, neben der Arabeske, dass die Hälfte der Abgeordneten des EU-Parlaments sich auf länderübergreifenden Listen bei den Wählern anbieten können soll, die viel wichtigere Verkleinerung der Kommission auf nur noch 15, statt 28 Kommissare. So lässt sich schon mal etwas einfacher durchregieren.

Interessant der Ansatz, Deutschland und Frankreich „vollständig zu integrieren“, was bedeutet, dass für Unternehmen in Deutschland und Frankreich absolut die gleichen Regeln gelten sollten. Eine oberflächlich betrachtet glänzende Idee; räumt man die Oberfläche ab, findet man nur noch beiderseitigen Kahlschlag im Bereich der Sozialsysteme, des Arbeits- und Umweltschutzes, der Besteuerung, etc.

Außerdem wünscht er sich ein gemeinsames Verteidigungsbudget, eine gemeinsame Eingreiftruppe, eine gemeinsame Verteidigungsstrategie, eine europäische Staatsanwaltschaft, einen gemeinsamen Katastrophenschutz und eine EU-Geheimdienstakademie.

Selbstverständlich sollen die Einwanderungsgesetze vereinheitlicht werden, eine europäische Asylbehörde geschaffen und die Außengrenzen besser gesichert werden.

Zudem geht es ihm um die Stärkung der Euro-Zone innerhalb der EU, mit einem Euro-Zonen-Finanzminister, einem eigenen Budget und dafür einer Euro-Zonen-Steuer.

Dies alles ist ein Schweinsgalopp im neuerlichen Anlauf zu den Vereinigten Staaten von Europa, die in trockene Tücher kommen sollen, bevor die Zentrifugalkräfte diese EU zerrissen haben.

Jean Claude Juncker assistiert Macron bei seinem napoleonischen Feldzug und fordert ebenfalls lauthals mehr Zentralisierung, mehr EU, mehr von demselben.

Er schwärmt von dem, was Macron eher weniger betont hat, nämlich der Vollendung der Währungsunion mit der Mutter aller Rettungspakete welche auch die Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme umfassen soll, also den Raub mit Ansage gerade an den Spargroschen der Kleinanleger und einen Europäischen Währungsfonds nach dem Vorbild des IWF, mit dessen Hilfe es noch einfacher würde, die schwächeren Länder zu knebeln und auszuquetschen

Verstärkung erhalten die beiden ausgerechnet vom gerade wiedergewählten Vorsitzenden der deutschen 20.5% Partei SPD, der in einer Art von Größenwahn daran arbeiten will, die Mitgliedsländer der EU bis 2025 in eine Europäische Verfassung zu zwingen.

Erscheint die Gelegenheit günstig, oder fürchtet man, das Zeitfenster für diese Großtaten würde sich bald schließen?

Ich meine, Letzteres ist der Fall. Macron ist es zwar gelungen, in Frankreich praktische jede Opposition zum Schweigen zu bringen, aber eben nicht durch Überzeugungsarbeit, sondern per Knebelung. Das wird sich rächen, spätestens wenn in Frankreich wieder Präsidentschaftswahlen anstehen. Sein Gerede davon, dass die EU für die Briten offen bliebe und sie jederzeit, auch nach dem BREXIT wieder eintreten könnten, ist nur ein Taschenspielertrick, mit dem er glaubt, die EU attraktiver erscheinen lassen zu können, als sie ist. Macron weiß auch, dass er entweder Deutschland zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik bewegen muss, um die Grande Nation im Ranking der EU-Staaten nicht weiter abrutschen zu lassen, oder aber, dass er die harten Einschnitte bei den Beschäftigten noch härter, die Bemühungen um ausländische Investoren noch intensiver und die Umverteilung von unten nach oben noch geschmeidiger gestalten muss. Letzteres würde ihn zum Schicksalsgenossen Gerhard Schröders machen, allerdings vermutlich statt einem Aufsichtsratsposten bei Gazprom mit einem Vorstandsposten bei den Rothschilds, von denen aus er ja durchgestartet ist, zu seinem „En marche!“

Also legt er alles darauf an, die Deutschen wieder ins Kuschelbett der deutsch-französischen Freundschaft zu locken, was bei Martin Schulz offenbar schon verfangen hat. Schulz wird folglich die Vertiefung der Elbe bei Paris als SPD-Forderung in die Koalitionsverhandlungen mit Angela Merkel einbringen, die sich das von der SPD unter Verzicht auf deren sonstige Vorhaben hart abringen lassen wird, um dann – gezwungen von der SPD – das zu tun, was sie sowieso vorhatte.

Wer sich das ausgedacht hat?

Vielleicht die Bertelsmann-Stiftung. Vielleicht der Council on Foreign Relations. Vielleicht die Trilaterale Kommission. Vielleicht alle miteinander.

Achten Sie in den nächsten Wochen auf alle Nachrichten, welche die Weiterentwicklung von EU und Euro-Zone betreffen. Ich fürchte, dass es uns bald nach Weihnachten knallhart treffen wird. Immer noch ohne deutsche Regierung, aber schon mit felsenfesten geschäftsführenden Zusagen an Macron und Juncker.

Die CIA und das FBI würden jetzt vermutlich davon ausgehen, dass EUische Hacker Einfluss auf den deutschen Wahlkampf genommen haben, um genau dieses Ergebnis zu erzielen, das nun den EUischen Autokraten in die Hände spielt.

Leider ist die Furcht vor EUischen Einmischungen in den meisten Staaten der EU nicht groß genug, um deswegen einen Sonderermittler auf die Kommission und ihren Präsidenten anzusetzen. Dabei bestünde für diese Furcht weit mehr Anlass, als in den USA Anlass besteht, sich vor Russland zu fürchten. Die USA und Russland, das sind Staaten, die sich gegenseitig als einigermaßen ebenbürtige Gegner respektieren. Aber die EU, wenn sie erst einmal mit der angestrebten Verfassung die Schwelle zu wirklicher Macht überschritten haben wird, wie es jetzt wieder versucht wird, wird keinen einzigen Mitgliedsstaat mehr respektieren, weil diese dann völkerrechtlich nahe am Status des Deutschen Reiches angekommen sein werden. Zwar weiterhin existent, aber halt leider ohne legitimierte Organe, die noch einen staatlichen Willen zum Ausdruck bringen und vertreten könnten.



# Deutschland

Soll man lachen, oder lieber doch weinen?

Die Republik bricht auseinander. Waren die Risse schon immer da, wurden aber von einer Art gesellschaftlichem Permafrost zusammengehalten, der es nur allzu leicht machte, die Bruchlinien zu ignorieren?

Oder sind die Risse neu und auf die Einwirkung starker äußerer Kräfte zurückzuführen, denen unsere Gesellschaft nicht mehr gewachsen ist?

In Bayern zerbröselte die CSU in einem innerparteilichen Richtungskampf, der nur ausbrechen konnte, weil Angela Merkel die Christsozialen mit ihrer Zuwanderungspolitik bis zur Weißglut gereizt hat. Seehofer stand vor Frage, ob sich die Mehrheit der Union im Bund eher mit, oder eher ohne Obergrenze erhalten ließe. Er hat sich entschieden – und hätte er sich anders entschieden, es wäre ebenso falsch gewesen. Die scheinbare Alternative war nichts anderes als ein geschickt konstruiertes Dilemma, eine gefräßige Zwickmühle, die sich – und das wird sich im nächsten Jahr herausstellen – auch nicht mit der Möglichkeit, mit den letzten drei Steinen springen zu dürfen, statt zu ziehen, außer Betrieb nehmen lässt.

In Berlin zerbröseln die SPD an ihrer Unfähigkeit, die Unfähigkeit auszurotten. Nach wahnsinnigen 100% beim Parteitag vor der Wahl entschieden sich immer noch knapp 80% am Parteitag nach der Wahl dafür, den Herrn aus Brüssel weiterhin als Parteivorsitzenden walten zu lassen. Doch mit dieser grundgütigen Mitleidswahl ist der Riss in der SPD nicht gekittet, der entstanden ist, weil Teile der Partei beim Gedanken an eine Fortsetzung der Koalition mit Angela Merkel in Panik verfallen. Hier sind es die Jungen, die sich nicht das Zaumzeug der GroKo-Dompteuse anlegen lassen wollen, während die Alten lieber noch einmal zum Gaudium des Publikums in der Manege ihre Runden drehen und ihre Dressurkunststückchen vorführen wollen, als sich zum Pferdemetzger schaffen zu lassen.

Über dem Mislingen des Experiments Jamaika geht auch der maximal aufgeblasenen FDP schnell wieder die Luft aus. Und wieder war es Merkel, deren zögerliches Taktieren der FDP zu erkennen gab, dass Jamaika eben nicht bedeuten würde, mit der Union zu regieren, sondern, im Koalitionsgefängnis in der Auseinandersetzung mit den Grünen diese – und sich selbst – vollständig zu neutralisieren.

Kaum anders sieht es bei den Grünen aus, die sich ebenfalls erhofft hatten, mit der Union regieren zu können, aber auch nach dem Platzen der Sondierungen noch nicht realisieren wollten, dass auch sie in dieser Jamaika-Koalition nur dafür ausersehen waren, die FDP in eine kräftezehrende Abwehrschlacht zu verwickeln.

Sogar die forcierte Selbstzerfleischung der LINKEN und der AfD ist auf die Abneigung gegen die scheinbar in Beton gegossene Kanzlerin zurückzuführen, denn der heiße Wunsch, sie vom Sockel zu stoßen, gibt sowohl den Fundamentalisten als auch den Realisten immer neue Argumente an die Hand, dass es nur so – und so niemals gelingen könne.

Und während auf offener Bühne politische Verantwortung von der SPD eingefordert wird, knüpfen Merkel und Macron hinter den Kulissen einen neuen Rettungsschirm nach dem anderen.

Zur Rettung und Neubelebung der Migrationswelle in Richtung Europa wird man in Libyen gegen die ~~Brutkastenmörder~~ – ähh, gegen die Sklavenhändler vorgehen und die in Libyen feststehenden Afrikaner ohne Gefahr für Leib und Leben nach Europa holen, soweit es nicht gelingt, sie von Libyen aus in ihre Heimatländer zurückzuschaffen.

Obergrenze?  
Zuwanderungsgesetz?

Millionen von Afrikanern sitzen auf gepackten Koffern. Libyen, das Niemandsland ohne Regierung, also mit noch weit weniger Regierung als Deutschland derzeit, wird sie anziehen, wie ein Magnet. Die Chance, von da aus sicher und kostenlos nach Europa, also nach Deutschland, gebracht zu werden, soll ungefähr bei 1:5 stehen. Und wenn es nicht gelingt, geht es mit den Taschen voller Geld – als Eingliederungs- und Aufbauhilfe – zurück ins Heimatland, von wo aus man sich ja durchaus immer wieder auf den Weg machen kann, abgesehen davon, dass es das Recht auf Familiennachzug ja auch noch gibt.

### **Schnitt.**

1 Quadratkilometer, das ist eine Fläche von 1.000 x 1.000 Metern. Deutschland erstreckt sich über 357.000 solcher Quadratkilometer und auf jedem dieser Quadratkilometer leben [231](#) Menschen. Verteilt man diese Menschen gleichmäßig auf dieser Fläche, beträgt der Abstand von Mensch zu Mensch horizontal und vertikal ziemlich genau 66 Meter (diagonal sogar 93 m).

In China leben knapp 1,4 Milliarden Menschen auf 9,6 Millionen Quadratkilometern. Dort beträgt der Abstand von Mensch zu Mensch 83 Meter.

In den USA leben 323 Millionen Einwohner auf einer Fläche von 9,8 Millionen Quadratkilometer. 174 Meter Abstand.

Dass Deutschland das Migrationsziel Nummer 1 auf dieser Welt zu sein scheint, kann nicht daran liegen, dass bei uns noch so viel Platz wäre.

Die [Süddeutsche Zeitung](#) meinte neulich, es läge daran, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge so effektiv arbeitet.

### **Schnitt.**

Es liegt wohl eher daran, dass es uns gelingt, ein verdammt hohes BIP pro Quadratkilometer zu erwirtschaften – und das ohne nennenswerte Rohstoffbasis. Zugegeben, das ist eine selten genannte Kennzahl. Doch der Vergleichswert gibt doch zu einigen Überlegungen Anlass. Wieder nur wenige ausgewählte Zahlen:

Deutschland	9,3 Mio. Euro/Quadratkilometer
Frankreich	3,5 Mio. Euro/Quadratkilometer
USA	1,7 Mio. Euro/Quadratkilometer

Diese Werte spiegeln die Intensität der Flächennutzung wieder.

So etwas erfordert einen hohen Grad von Organisation, auch einen hohen Grad von Kooperation und einen hohen Grad von Übereinstimmung in Werten und Zielen. Auch wenn der Spruch schon abgedroschen ist, es erfordert auch ein hohes Niveau an Wissen und Erfahrung, wie es in Deutschland auch über das System der Dualen Berufsausbildung vermittelt wird.

Die EU, die noch längst nicht so kraftvoll ist, wie die von Macron, Juncker, Merkel und Schulz für 2025 angestrebten Vereinten Nationen von Europa, ist jedoch schon mächtig genug, um Deutschland zur Anerkennung von Berufsabschlüssen zu zwingen, die in anderen EU-Staaten erlangt wurden.

Eine Klage vor dem EuGH soll Deutschland zu Strafzahlungen von täglich 62.000 Euro verpflichten, solange wir nicht die Berufsabschlüsse aller übrigen Mitgliedsstaaten als gleichwertig anerkennen. Gut, das ist nicht viel. 22,6 Millionen aus dem Bundeshaushalt, für jedes Jahr, das noch ins Land streicht, sind zu verkraften - andererseits sind es 22,6 Millionen, die sonst vielleicht dem Bildungsbudget zugutekommen könnten.

Und überhaupt, worum geht es denn? Es geht auch hier nur darum, die Zuwanderung zu befördern. Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger ist das eine, den erlernten Beruf auch ausüben zu dürfen, das ist das andere. Wo diese Hürde fällt, wird eine neue „Fachkräfte-Welle“ ausgelöst. Selbst wenn man unterstellt, dass die Qualifikationen tatsächlich gleichwertig sind, führt das zu einer Veränderung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, dem ja nicht „die Fachkräfte“ als solche fehlen, sondern in erster Linie „billige Fachkräfte“. Kommen die in großer Zahl, kann man die vorhandenen teuren Fachkräfte in Richtung Job-Center entsorgen oder trotz Verschlechterung der Vertragsgestaltung behalten.

Womit wir wieder beim Eingangsstatement angekommen wären. Die Republik bricht auseinander. Unternehmen, die einst tatsächlich eine Firmenkultur, ja sogar den berühmten „Geist des Hauses“ kannten, wo man sich als Mitarbeiter, egal ob in der Führungsetage oder als Wächter an der Pforte, ganz selbstverständlich als Teil des großen Ganzen fühlte und auch so behandelt wurde, zer-



fallen in ein Management, das einzig den Shareholdern verpflichtet ist, und in eine Drei-Klassen-Gesellschaft von Beschäftigten, nämlich den unverzichtbaren Korsettstangen der Stammebelegschaft mit unbefristeten Verträgen, dem Heer der zur Probe und befristet Angestellten, deren Hauptaugenmerk darauf liegt, nicht aufzufallen, und falls doch, dann nur positiv, sowie jenen Parias, die man sich von Verleihfirmen einkauft, um sich flexibel an den Markt anpassen zu können, während viele Aufgaben, die nicht direkt zum Kerngeschäft gehören, an Dienstleister und Subunternehmer (vom Reinigungsunternehmen bis zum CallCenter, vom Caterer bis zum IT-Dienstleister) outgesourct sind, um sich der Verantwortung auch für diese Beschäftigten elegant zu entledigen.

## **Poller statt Böller**

Die Armlänge Abstand, zu der, weil nichts Besseres zur Hand war, vor nicht allzu langer Zeit geraten wurde, ist stillschweigend wieder aus dem Empfehlungskatalog genommen worden.

In dieser Saison erkennt man Weihnachtsmärkte schon von fern an großen, unförmigen Gebilden, zum Teil naturbelassen, zum Teil in Geschenkpapier verpackt, von denen man sich verspricht, Anis-Amri-Nachahmer mit roher Gewalt vom Weihnachtsmarktbesuch abhalten zu können. Doch in diese Lücke ist unfreiwillig DHL gestoßen und hat eine Paketbombe an eine Apotheke, direkt am Weihnachtsmarkt geliefert. Nachträglich stellte sich heraus, dass es gottseidank nicht um einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt gegangen war, sondern um den teuflischen Versuch, Deutschlands größten und besten Paketzusteller zu erpressen. Die Bevölkerung ist aufgerufen, auch fernab von Weihnachtsmärkten sehr vorsichtig zu überprüfen, was ihnen die Post da ins Haus stellen will.

Wenn die Weihnachtsbuden abgeräumt sein werden und die Silvesternacht, unterstützt durch die Klimakatastrophe, bei milden Frühlingstemperaturen zum Open-Air-Jahreswechsel einlädt, sollen die Feierzonen innerhalb der fortbestehenden Bepollerung durch extra helle Beleuchtung, extra viele Polizisten und zivile Ordnungskräfte, sowie durch weiträumige Pyrotechnikverbote (ugs.: Böllerverbot) kenntlich gemacht werden. Letzteres, so zähneknirschend die dadurch geschäftsschädigend getroffenen HNO-Ärzte, schütze zuverlässig vor der Gefahr eines u.U. nicht behandelbaren Knalltraumas.

## **Noch drei Wochen, und es ist wieder soweit.**

Das letzte Blatt des Abreißkalenders hängt verlassen von allen Vorgängern an der Wand und sehnt sich nach nichts anderem, als dass seine 365-Tage-Hängepartie nun endlich auch zu Ende gehen möge.

Uns allen, die wir dieses Jahr an Silvester verabschieden werden, geht es nicht anders. Eine schier unendliche Hängepartie, die mit einem kraft- und saftlosen Wahlkampf begonnen hatte, schleppt sich mit dem Wiederbelebungsversuch an der vom Wähler abgestraften GroKo über den Jahreswechsel hinweg und wird uns auch im Januar des neuen Jahres zuverlässig begleiten.

Die großen Katastrophen sind uns erspart geblieben. Die alten Kriege konnten über 2017 hinweg am Köcheln gehalten werden, nennenswerte neue sind nicht hinzugekommen. Donald Trump, den Douglas Adams schon vor 38 Jahren, allerdings unter anderem Namen, zum Präsidenten machte, hat das Jahr ebenfalls emsig vor sich hin twitternd überstanden und kurz vor Jahresende doch noch die große Steuersenkung durch den Kongress gebracht. Viele Großspender werden ihm für diese Großspende danken. Ein Ansporn übrigens für den künftigen EU-Finanzminister, die nun US-üblichen (USusus?) 20 Prozent baldmöglichst zu unterbieten.

Alle Raketen- und Atomwaffentests Nordkoreas konnten - ohne anderen Staaten Schaden zuzufügen - abgeschlossen werden, was von der besonderen Umsicht und Rücksichtnahme Kim Jong Uns zeugt.

Während Gott wunschgemäß Hopfen und Malz erhalten hat, hat die EZB es geschafft, auch den Euro unfallfrei übers Jahr zu bringen und den DAX auf 13.000 plus X Punkte steigen zu lassen.

Wenn ich Ihnen nun wünsche, dass 2018 ebenso wenige Spuren in der Weltgeschichte hinterlassen möge, wie das zu Ende gehende Jahr, dass Sie das künftige Geschehen ebenso gelassen von einem sicheren Ort aus bis zum Ende des nächsten Jahres mit Interesse und Engagement beobachten können, und Sie diesen Wunsch mit dem üblichen „Alles Gute“ vergleichen, sollten Sie mich nicht für knickrig halten.

Toi, toi, toi

Ihr Egon W. Kreuzer



*Einen guten Rutsch  
und ein gutes Neues Jahr!*